

Die Rechtschreibreform auf der Kippe

Tatsächlich wieder Thema

Neues vom Streit um die Rechtschreibreform

Von einem neuerdings erhobenen kecken Ton im Rechtschreibstreit ist zu berichten. Der Reform sei endlich «das wohlverdiente Ende zu bereiten» fordert die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung in ihrer jüngsten Erklärung. Hübsch ist der Aplomb, mit welchem die Akademie nach der Liquidation ruft: «ohne lange zu fackeln». Weit entrückt scheint die Kompromißbereitschaft vom März 1999. Damals hatten die Darmstädter Akademiker, angeleitet vom Grammatiker Peter Eisenberg, einen eigenen Reformvorschlag vorgelegt, der «angesichts der Machtverhältnisse von der Neuregelung» ausging und von dieser «nicht nur, was sinnvoll, sondern auch, was ohne nennenswerten Schaden hinnehmbar ist», zu billigen sich bereitfand.

«Machtverhältnisse»

Und jetzt der kecke Ton radikaler Gegnerschaft. Haben sich also, nur weil die «FAZ» seit dem 1. August wieder in alter Schreibung erscheint, die «Machtverhältnisse» geändert? Selbst wenn man nicht so weit gehen will, dies zu bejahen, so ist doch erstaunlich, was das Beispiel eines einzelnen vermag. Gering mag man veranschlagen, daß über die «FAZ» eine Sturzflut zustimmender Leserbriefe hereinbrach (Leser, die die «Verantwortungslosigkeit» des Blattes rügten, gab es auch, aber sehr wenige) - damit war immerhin zu rechnen.

Schwerer dürfte wiegen, daß der schon erloschene Disput über den Nutzen der alten und die Nachteile der neuen Orthographie frisch auflodert, weshalb man in deutschen Zeitungen nach eineinviertel Jahren Absenz jetzt wieder inhaltliche - sprachwissenschaftliche - Auseinandersetzungen mit der Reform lesen kann. Und endlich gar zeitigte das «FAZ»-Vorbild im Verlauf der letzten Woche die ersten Fälle tätiger Nachahmung: Der Deutsche Hochschulverband, der Berufsverband der Universitätsprofessoren und Dozenten, will ab 1. Oktober bei seinem gesamten Schriftverkehr zur alten Rechtschreibung zurückkehren; auch seine Zeitschrift «Forschung & Lehre» stellt er um. Ähnliches ist von anderen Periodika zu vernehmen, etwa dem populärwissenschaftlichen Magazin «Bild der Wissenschaft».

Von stillem Murren zu offenem Protest ist der Deutsche Beamtenbund übergegangen. Sein Chef Erhard Geyer verlangt nach einer klaren Entscheidung für die alte Rechtschreibung und berichtet, im öffentlichen Dienst sei die neue Schreibweise nur widerwillig angewandt worden. Schulungen für die neue Rechtschreibung habe es nicht gegeben, praktiziert werde letztlich ein Mix aus alten und neuen Regeln. Eine Rückkehr zur alten Rechtschreibung bezeichnete Geyer als «Befreiung».

Geht es allerdings nach Geyers oberstem Dienstherrn, dem Staat in Gestalt seiner Minister, so wird der Ruf nach Remedur ohne Echo bleiben. Die Kultusminister aller sechzehn Bundesländer wiegeln ab: Berichte von Schulen über Probleme mit der neuen Schreibung lägen nicht vor (sagen Niedersachsen und Sachsen), die Reform sei «sehr harmonisch umgesetzt» worden (Baden-Württemberg), es müsse sich «nichts ändern» (Thüringen), eine Rücknahme würde das Chaos nur vergrößern (Saarland) und «die Schüler vergewaltigen» (Brandenburg). Kurzum, die politisch Verantwortlichen wollen selbst von einer minder schweren «Reform der Reform» nichts wissen - wie sie schon 1998 nichts davon wissen wollten, als die reformbetreibende Rechtschreibkommission in Mannheim ihre als dringend erachteten Korrekturen präsentiert hatte.

Ungeliebtes Kind

In der Bevölkerung bleibt die Rechtschreibreform ein ungeliebtes Kind. Zwar darf man gegen Umfragen mißtrauisch sein, weil jede Seite ihre eigene aufbietet. Eine knapp neunzigprozentige Anhängerschaft für die alte Orthographie, wie sie Reformgegner für Deutschland behaupten, ist sicherlich zu hoch gegriffen. Nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa befürworteten 68 Prozent der Befragten die Rücknahme der 1996 beschlossenen neuen Rechtschreibregeln; lediglich 27 Prozent sind für ihre Beibehaltung. In der täglichen Praxis, so Forsa, folgen ohnehin drei Viertel der Deutschen dem alten Usus.

Einstweilen fungiert die Berufung auf die Schüler als stärkstes Argument jener, die an der Rechtschreibreform festhalten. Angeblich hat die Reform Erleichterungen beim Schreib-erwerb gebracht und die Anzahl der Orthographiefehler vermindert. Doch auch hier widersprechen sich die Untersuchungen, so daß man mit Churchill spotten möchte: Glaube keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast! Zu denken gibt immerhin, daß beide großen Lehrerverbände, nicht nur die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, sondern ebenfalls ihr konservatives Pendant, der Philologenverband, für eine Beibehaltung der Reform plädieren. Was die pädagogischen Praktiker sagen, dürfte so ohne Gewicht nicht sein.

Um die eingangs erwähnten «Machtverhältnisse» zu ändern, müßte einiges geschehen. Unter den deutschen Zeitungen steht die «FAZ» isoliert da; nicht einmal der «Spiegel», anfänglich der lauteste unter den Reformverweigerern, dann aber brav mitziehend, hat bisher die Rückkehr zur Tradition proklamiert. Allgemein verlautet aus den Zeitungsverlagen, man wolle sich am Vorbild der Agenturen orientieren - dort aber herrscht nach eigenem Bekunden «kein Handlungsbedarf». Die Schweizer Blätter dürften diese Sicht bestätigen. Der «Tages-Anzeiger» und die anderen Printprodukte der TA-Media AG haben die Reform bereits Anfang 1999 adaptiert und bleiben auf Kurs; und für unser eine Hausorthographie praktizierendes Blatt gilt bei aller Reformskepsis die Feststellung des NZZ-Chefkorrektors Stephan Dové: «Es entspricht nicht unserem Stil, uns einer Modeströmung zu unterwerfen und einmal getroffene Regeln wieder rückgängig zu machen, nur weil die <FAZ> das tut.»

Joachim Güntner

Artikel erschienen in NZZ online am 7. August 2000